Bezugsgebühr vierteljährlich Mk. 2.50, durch die Post Mk. 2.75. Annahme von Ankündigungen Marienstr. 38 Vorm. 8–5 Uhr Nachm. Sonntags v. Vorm. 11–½1 Uhr Mitt. In Neustadt: Gr. Klostergasse 5 nur an Wochentagen bis 5 Uhr Nachmittags. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg.; Doppelzeile „unterm Strich" (Eingesandt) 40 Pfg., Grundzeile für Montage oder nach Festtagen 20 Pfg. Für Familiennachrichten ꝛc. bei 30 Pfg. nach besonderem Tarif. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Annoncenbureaux an. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet. Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit. Die Dresdner Nachrichten erscheinen täglich Morgens.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897

Künstliche **Zähne** Mässige Preise. | **Chr. Sörup**, Zahnkünstler und Dentiste, Wettinerstr. 28, I. gegenüb. Mittel- u. Flemmingstr. Specialität: **Gebisse** ohne Gaumenplatten. Fernsprechstelle No. 878, Amt I. | Einzelne Gold- und Email-Kronen, Brückenarbeiten, Plombirungen, schmerzlose Zahnoperationen etc.

Photographische **Apparate** für Amateure. **Carl Plaul** 25 Wallstrasse 25. Verkaufslocal jetzt: **Parterre.**

L. Weidig, Waisenhausstr. 34. Neuheiten elegant garnirter Damenhüte. Regelmässige, persönliche Einkäufe und Modestudien in Berlin, **Paris.**

MATTONI'S **GIESSHÜBLER** reinster alkalischer SAUERBRUNN. Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh. HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

H. Niedenführ's **Radfahr-Halle** 9 Struvestrasse 9. Alleiniger Vertreter von **Seidel & Naumann's Fahrrädern.**

Leberthran, beste Marke von Heinr. Meyer, Christiania, von Kindern gern genommen, Flasche 1 Mark, 50 Pfg. und ausgewogen. **Jodeisenleberthran,** Flasche 1 Mk. 75 Pf. und 1 Mk. **Eisenleberthran,** Flasche 1 Mk. 25 Pf. Versandt nach auswarts. **Königl. Hofapotheke** Dresden, Georgenthor.

Nr. 67. Spiegel: Fernschreib- und Fernsprech-Berichte. Hofnachrichten. Konservative Versammlung und Mittagsmahl. Amtliche Bekanntmachungen. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Arnold's Kunstsalon. Briefkasten. **Montag, 8. März.**

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 7. März.

Hamburg. Die „Hamb. Nachr." schreiben: Fürst Bismarck empfängt seit einiger Zeit sehr viele Telegramme im Hinblick auf die Centenarfeier für Kaiser Wilhelm I., daß er sich leider außer Stande sieht, sie nach Wunsch zu beantworten und genöthigt ist, auf dem Zeitungsweg den Herren Absendern seinen Dank aussprechen zu lassen. Die Telegramme kommen namentlich von landwirthschaftlicher Seite, aber auch zahlreich aus wissenschaftlichen Kreisen, aus Universitätsstädten von Königsberg bis Würzburg. Es wird dadurch bewiesen, daß der wissenschaftliche Theil der deutschen Nation dem Werke des Fürsten Bismarck doch nicht ohne Anerkennung gegenübersteht. Das Befinden des Fürsten Bismarck läßt in neuer Zeit wieder Manches zu wünschen übrig. Namentlich wird der Altreichskanzler unter dem Einfluß der barometrischen Schwankungen häufiger und andauernder als sonst von seinen Gesichtsschmerzen heimgesucht, die ihm das Sprechen erschweren und Schlaflosigkeit zur Folge haben. Der Fürst sieht deshalb nicht ohne Besorgniß der diesmaligen Feier seines Geburtstags entgegen. Trotzdem hat er es nicht über sich gewinnen können, den Fackelzug abzusagen, der ihm von seinen Hamburger Nachbarn und Mitbürgern auch diesmal zugedacht ist. Vielleicht aber wird er ihn sitzend begrüßen müssen, und wahrscheinlich wird es ihm, namentlich bei kaltem Wetter, unmöglich sein, auch Ansprachen in längerer Rede zu erwiedern. Der Gesichtsschmerz schneidet eben die Sprache ab. Der Fürst glaubt aber auf die Nachsicht seiner Hamburger Freunde rechnen zu dürfen, wenn er durch die Umstände genöthigt werden sollte, beim Empfange des Fackelzugs zu sitzen oder sich möglichst schweigsam zu verhalten.

Madrid. Aus der Provinz Pinar del Rio (Cuba) sind Meldungen über bedeutende militärische Operationen eingegangen. Es wurden Lagerplätze und Lazarethe der Aufständischen zerstört, wobei 71 derselben getödtet und zahlreiche verwundet wurden.

Caraglio (Provinz Cuneo). Giolitti entwickelte heute vor seinen Wählern sein Programm im Sinne der Regierung. Bezüglich der äußeren Politik führte Giolitti aus, daß seit dem Amtsantritte des gegenwärtigen Ministeriums jede Spannung in den Beziehungen zu Frankreich aufgehört habe. Da der Dreibund die Sicherung des Friedens zum Hauptzweck habe, so läge jede Besserung in den Beziehungen zu anderen Mächten im Geiste des Dreibundes.

Petersburg. Der Flügeladjutant des deutschen Kaisers, Oberst v. Moltke, traf heute hier ein und begab sich alsbald nach Zarskoje-Selo, woselbst er sich bei Kaiser Nikolaus als neuernannter Kommandeur des Kaiser Alexander Garde-Grenadier-Regiments meldete.

Konstantinopel. Den Botschaftern ist heute die Antwort der Pforte auf die Kollektivnote, betreffend die kretische Frage, zugegangen. Die Pforte drückt darin ihr Einverständniß mit dem Inhalt der Kollektivnote und zugleich die Erwartung aus, daß über die Einzelheiten der in Kreta einzuführenden Autonomie eine besondere Verständigung zwischen ihr und den Mächten erfolgen werde.

Konstantinopel. Infolge der Haltung Griechenlands wird die Zusammenziehung der Truppen beschleunigt und die militärischen Vorbereitungen werden ausgedehnt. Gestern wurde von Muradli aus der 20. Militärzug abgeschickt; bisher sind 28 Bataillone nach Saloniki abgegangen.

Kanea. Gemischte Detachements der Großmächte wurden heute früh in Selino ausgeschifft und rückten nach dem 11 Kilometer entfernten Kandano im Gebirge ab.

Kanea. Bevor die Geschwaderchefs die Entscheidung trafen, Truppen in Selino auszuschiffen, verhandelten sie lange mit dem griechischen Admiral Reineck, dem Obersten Vassos und dem griechischen Vicekonsul; auf ihre Forderungen erhielten sie ausweichende Antworten und mußten sich deshalb dahin entscheiden, die Gefangenen zu befreien, nöthigenfalls mit Gewalt. — Oberst Vassos erhielt in seinem Lager in Platania Weisungen von König Georg, sich zum äußersten Widerstande bereit zu halten.

Athen. Das an der Küste von Epirus gescheiterte türkische Schiff ist ein Kanonenboot, mit drei Krupp'schen Geschützen armirt und wahrscheinlich der „Euphrat" mit 40 Mann Besatzung.

Athen. Der griechische Vicekonsul in Kanea erklärte den Admiralen, daß die griechische Regierung jede Verantwortung für die Entsendung gemischter Detachements der Großmächte nach Kandano ablehne. — Die Schüler der militärischen Bildungsanstalten treten als Offiziere in die Armee. — Der Ministerpräsident Delyannis richtete an die Behörden ein Rundschreiben, in welchem er empfiehlt, die Einziehung der Steuern im Hinblick auf die kritische Lage zu beschleunigen. — Die dem stehenden Heere angehörenden Abgeordneten verlangen wieder ihren Dienst in der Armee zu thun. Man versichert, daß der Kronprinz am Montag nach der thessalischen Grenze abreisen wird.

Manilla. Gestern brannten hier 2000 Häuser nieder. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Washington. Der hiesige griechische Generalkonsul Botassi erhielt von dem griechischen Minister des Auswärtigen Skuses den telegraphischen Auftrag, die gegenwärtig in den Vereinigten Staaten lebenden Griechen, soweit sie zur Reserve gehören, einzuberufen, um sie aufzufordern, Griechenland zu Hilfe zu eilen. Botassi solle den Auftrag sehr ernst nehmen und so handeln, als ob der Krieg am Montag erklärt werden würde.

Oertliches und Sächsisches.

— Bei Sr. Königl. Hoheit **Prinz Georg** fand gestern Nachmittag 6 Uhr Familientafel statt, an der Ihre K. K. Hoheit die Frau Großherzogin von Toskana, die Prinzen und Prinzessinnen des Königl. Hauses theilnahmen.

— Die große **konservative Volksversammlung**, welche gestern von halb 12 Uhr ab im großen Saale des Vereinshauses stattfand, nahm einen äußerst glänzenden Verlauf. Der Andrang war ein derartiger, daß die Sitzplätze nicht ausreichten, sondern Hunderte von Besuchern sich mit Stehplätzen begnügten. Gegen 2000 Personen lauschten mit gespanntester Aufmerksamkeit und Ausdauer den hochinteressanten Vorträgen und Ansprachen. Wiederholt kam eine Begeisterung zum Durchbruch, wie sie Dresden nur selten gesehen hat. Leiter der Versammlung war Herr Hofrath Dr. Mehnert. Zu seiner Rechten nahm Graf Herbert Bismarck, ihm zur Linken Freiherr v. Manteuffel-Crossen Platz. Ferner waren aus dem Reichstage und den preußischen Parlamenten die Herren Graf Limburg-Stirum und Graf Roon, Excellenz Baron Erffa, Fellisch, v. Kröcher, v. Gutstädt, Hauffe-Döbler, v. Ploetz, Sachße, Prof. Dr. Kropatscheck und v. Herder erschienen. An der Spitze der Dresdner Einwohnerschaft gewahrte man die Herren Kämmerer v. Metzsch, Excellenz, die Herren Hofmarschälle v. Carlowitz und v. Reitzenstein, Kammerherren v. Blumenthal, v. Stammer, v. Boiern, v. Kalitsch, v. Wuthenau, v. Lüttichau, Graf Rex-Zehista, Graf Rex-Zedlitz, Generalleutnants Excellenz Haberland und v. Kirchbach, Generalmajore v. Hübel, v. Kasserow und v. Schönberg, Bürgermeister Leupold, Regierungsrath Nitze, Geh. Oekonomierath Uhlemann, Geh. Hofrath Ackermann, Hofrath Dr. Osterloh, Landrichter Dr. Kolenhagen, Kommerzienräthe Grumbt, Günther, Fischer, Konsul Menz u. A.. Herr Oberbürgermeister Beutler sandte telegraphische Grüße von Leipzig aus. Von den sächsischen Ständekammern waren mindestens 30 Mitglieder zugegen. An den Journalistentischen sah man auch Herrn Pfarrer Naumann als Redakteur der „Hilfe". Herr Hofrath Dr. **Mehnert** eröffnete die Versammlung mit einem herzlichen Willkommen an die Herren aus Berlin und brachte ein dreimaliges Hoch auf König Albert und Kaiser Wilhelm aus, welches begeisterte Zustimmung fand. Donnernder Beifall durchbrauste den Saal, als der Vorsitzende des Fürsten Bismarck und seines anwesenden ältesten Sohnes gedachte. Wo konservative Männer versammelt seien, gedächten sie auch stets des Mannes, ohne den wir am Ende kein einiges deutsches Vaterland hätten. Es sei ein unnützes Verlangen, neue Worte zu finden zum Ruhme Bismarck's des Einzigen; das Werk von seinen Erdentagen werde nicht in Aeonen untergehen. Er bitte den Grafen Bismarck, seinem Vater zu berichten, daß die Sachsenherzen ihm in derselben unwandelbaren Liebe und Verehrung entgegenschlagen, die am 18. Juni 1892 zum elementaren Ausdruck kamen. Brausend durchhallte ein mächtiges dreifaches Hoch auf den Alt-Reichskanzler den Saal. Sofort erhob sich jetzt Graf **Herbert Bismarck**, von jubelnden Zurufen begrüßt, und hielt eine längere, mit der größten Ruhe und gespanntesten Aufmerksamkeit aufgenommene Ansprache. Er dankte in Namen seines Vaters für das eben ausgebrachte Hoch, dessen Wärme und Herzlichkeit ihn mit Stolz und Begeisterung erfülle. Sein Vater habe es in treuer Erinnerung behalten, daß zu derselben Zeit, als sein Nachfolger seinen früheren Untergebenen den gesellschaftlichen Verkehr mit ihm erfolgreich verbot, die Stadt Dresden 1892 ihm eine so glänzende Ovation bereitet habe, wie sie im Deutschen Reiche seit Beendigung unseres großen Einigungskrieges nicht erhört war. Er habe ihm neben seinen herzlichen Grüßen für die Dresdner aufgetragen, ihnen zu sagen, daß er den glänzenden und herzerwärmenden Empfang, der ihm hier geworden sei, niemals vergessen werde! Nachträglich spreche auch er persönlich seinen Dank für jene Huldigung aus, da er ja die indirekte Veranlassung zu jener Reise nach Dresden gewesen sei. Damals habe Fürst Bismarck zum Schluß seiner Ansprache an den Oberbürgermeister gesagt, es sei eine schwere Arbeit gewesen, die deutschen Stämme zusammenzubringen, aber noch schwerer werde es sein, sie zu trennen. Dafür zu sorgen, daß diese Worte immer Wahrheit bleiben mögen, sei die hehrste Pflicht gerade der konservativen Partei. Konservativ sein heiße nicht erhalten um jeden Preis, sondern müsse so verstanden werden, Dasjenige zu befestigen und auszubauen, was man aus bester Ueberzeugung als erhaltenswerth erkannt hat. Dabei müsse man die drei Worte im Auge haben: „Quieta non movere" und sich nicht um Dinge kümmern, die einem nicht im Wege sind. Schon ein altrömischer Geschichtsschreiber habe gesagt, ein Reich werde nur mit denjenigen Kräften und Mitteln erhalten, aus denen es entstanden ist. Für unser noch junges Reich seien diese Kräfte die Traditionen des hochseligen Kaisers Wilhelm, und an diesen festzuhalten liege im Sinne eines jedes konservativen Mannes. Niemand werde behaupten wollen, daß dies während der letzten sieben Jahre immer geschehen sei, aber er hoffe, daß auf diese sieben mageren Jahre nun die besseren folgen. Fürst Bismarck habe zum Wohle des Reichs die Politik der nationalen Arbeit inaugurirt und es verstanden, die Interessen sämmtlicher produzirenden Stände zu versöhnen und damit die Wohlfahrt des Reiches in materieller Hinsicht zu sichern. Die 1891er Regierung habe mit den Handelsverträgen den Erisapfel der Zwietracht zwischen die Produzenten geworfen und es leider unterlassen, vorher die Meistbegünstigungsverträge zu kündigen. So hätten wir ohne jede Gegenleistung einer ganzen Reihe von Staaten nach Abschluß der Handelsverträge werthvolle Concessionen machen müssen. Andererseits habe die Regierung des neuen Kurses es unterlassen, während der zwei Jahre vor Abschluß der Handelsverträge neue Tarife ausarbeiten zu lassen, deren man sich als Unterlagen bei den Verhandlungen über die Verträge bedienen mußte. Im Jahre 1879 seien derartige Tarife innerhalb 7 Monaten geschaffen worden. Aus diesem Mißerfolge sollten sich die produzirenden Stände die Lehre ziehen, zusammenzuhalten, denn nur Einigkeit könne sie stark machen. Es sei ein Stolz der konservativen Partei, immer und immer wieder sich um das Handwerk bemüht zu haben. Das Handwerk habe leider keinen goldnen Boden mehr und seine Interessen seien vielfach verletzt worden, u. A. durch die Bäckereiverordnung, welche jetzt auch der Bundesrath gewiß gern zurückziehen möchte, er habe nur den richtigen Weg noch nicht gefunden. Sie sei eingeführt worden durch einen Ausschuß, der drauf und dran sei, sich zu einem Wohlfahrtsausschuß auszubilden, der zu einer Art Nebenregierungsbehörde geworden sei. In diesem Ausschuß sitze ein Sozialdemokrat, und das finde er unverständlich. Die Sozialdemokraten seien ja als Menschen vor dem Gesetz und vor Gott gleichberechtigt, aber politische Gleichheit könne er nur solchen Leuten zuerkennen, die mit uns erhalten wollen und mit uns auf einer Basis stehen. (Tosender Beifall.) Daß man diese Partei im Reichstag auf dem Fuße der Gleichberechtigung behandle, mit ihnen zusammen in den Kommissionen sitze und Gesetze berathe, während sie doch alle Grundlagen des Rechtsstaates leugnen, habe ihn immer verwundert. So weit dürfe die deutsche Gutmüthigkeit nicht gehen! Hierin Wandel zu schaffen, sei Pflicht der Regierung. Vor mehr als zwei Jahren habe diese wohl eine Umsturzvorlage eingebracht, wenn auch auf einer fehlerhaften Basis, allein sie sei in der Versenkung verschwunden trotz der feierlichen Erklärung des Reichskanzlers, das werde das Mindeste sein, womit sich die Regierung begnüge. Das Sozialistengesetz habe immerhin seine Dienste gethan, denn unter seiner Herrschaft wäre niemals diese sozialdemokratische Partei als so gleichberechtigt behandelt worden, daß Berliner Schutzleute kein Bedenken hatten, sozialdemokratisch zu wählen, weil sie am Tage vor der Wahl von ihrem Vorgesetzten einen Verweis erhalten hätten. Die national angelegte Politik des Fürsten Bismarck habe demselben die bittersten Anfeindungen aller derjenigen Elemente eingetragen, denen eine Stärkung des Deutschen Reiches ein Dorn im Auge ist. Die Angriffe und Beschimpfungen hätten an Rohheit des Tones immer zugenommen. Fürst Bismarck selbst beobachte diese naturhistorisch merkwürdige Erfahrung mit der heiteren Ruhe des Naturforschers. (Heiterkeit.) Er habe erklärt, diesen bitteren Haß der nationalfeindlichen Elemente betrachte er als eine willkommene Quittung dafür, daß er immer auf rechtem Wege gegangen sei. Er als Sohn habe es nicht für nöthig gehalten im Reichstag gegen solche Beschimpfungen aufzutreten, trotzdem sich dabei das Präsidium dauernd passiv verhalte. Heute schon stehe das Urtheil der Geschichte über den Altreichskanzler fest. Ganz Deutschland sei sein Denkmal. Wenn ein Staatsmann überhaupt ein Denkmal von Stein und Erz nicht brauche, so sei er es. (Stürmischer Beifall.) Die Leute, die ihn beschimpfen, erniedrigen sich nur selbst, soweit das noch möglich ist. Er wünsche, daß die konservative Partei gut gewappnet in die nächsten Wahlen hineingehe. Dann werde auch in weltlicher Beziehung das wahr bleiben, was unser großer Reformator Luther einst sagte: „Das Reich muß uns doch bleiben". — An zweiter Stelle sprach Frhr. v. **Manteuffel**, der Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses. Wie sämmtliche Redner, gab er zunächst seinem Danke für die Einladung und seinen Sympathien für Sachsen und seine Hauptstadt Ausdruck, um darauf über die gegenwärtige Lage der konservativen Partei zu berichten. Sein Rücktritt von dem Vorstandsposten der konservativen Fraktion des Reichstags sei durchaus harmlos. Eine Einmüthigkeit wie kaum je zuvor habe in dem Moment seines Rücktritts in der konservativen Fraktion geherrscht, und sein Nachfolger, Herr v. Levetzow, werde die Partei nach demselben Muster wie er weiterführen. Die konservative Partei, unstreitig die bestgehaßte von allen, müsse in den breiten Schichten des Volkes wurzeln, wenn sie wirklich konservativ sein wolle. Um jedoch nicht in die Gefahr zu gerathen, in ein demagogisches Fahrwasser zu kommen, dürfe sie sich niemals in Versprechungen einlassen, von denen sie nicht gewiß sei, daß sie sie werde erfüllen können, und müsse ihre Meinung unbeugsam auch nach oben zum Ausdruck bringen. Die Regierung könne nur eine konservative Partei brauchen, welche den Muth habe, ihre Ueberzeugung zu sagen und ihre Selbstständigkeit zum Ausdruck zu bringen. Die Stütze der Regierung werde immer nur die konservative Partei sein können als diejenige, welche am freiesten ist von Egoismus und am festesten zu ihrem himmlischen und zu ihrem irdischen König hält. Redner trat weiter für die strenge Durchführung des Börsengesetzes, einen berechtigten Antisemitismus und die Aufhebung der Bäckereiverordnung ein und schloß mit den zuversichtlichen Worten, daß, solange die konservative Partei die ausschlaggebende im Reichstag sei und die verbündeten Regierungen mit ihr zusammenstehen, auch das Deutsche Reich nie auseinanderfallen werde. — Weiter sprach Herr Graf zu **Limburg-Stirum**, Mitglied des Reichstags, über „Sozialpolitik und Sozialdemokratie". In den letzten zehn Jahren sei so viel zum Wohle der arbeitenden Klassen gethan worden, daß es jetzt eher den kleinen Landwirthen und kleinen Handwerkern schlechter gehe. Trotzdem leugnet die Sozialdemokratie diese Fürsorge. Diese Partei kämpfe mit einer diabolischen Geschicklichkeit, um die bestehende Gesellschaftsordnung zu untergraben und alle Ideale zu zerstören. Mit ihr könne man sich nicht auf einen angeblichen Geisteskampf einlassen. Man stehe vor der Alternative: entweder der Revolution entgegenzugehen, oder mit allen Machtmitteln den Kampf aufzunehmen, solange man noch die Macht habe. Dazu bedürfe es seiner Meinung nach der Wiedereinführung eines Sozialistengesetzes. Er hoffe von den deutschen Fürsten, daß sie zusammenhalten und ihrer Führung es gelingen werde, den Kampf mit Erfolg zu führen mit dem Schlachtruf: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt." — Herr Abg. **Fellisch** besprach hierauf die „Organisation des Handwerks". Es sei keine Frage, daß die Leistungen des deutschen Handwerks zurückgegangen sind. Durch die Gewerbeordnung sei ihm die goldne Freiheit genommen worden. Der Meister sei ihm verloren gegangen und an seine Stelle der Arbeitgeber getreten, die Stelle des Gesellen und Lehrlings fülle jetzt der Arbeitnehmer aus. Nur dadurch sei die Sozialdemokratie hauptsächlich groß gezogen worden, daß kein Meisterstand mehr in Deutschland existirt, weil die Zucht und der Autoritätsglaube aufgehört haben. Eine besorgnißerregende Flucht vor dem Handwerk breche sich unter dessen eigenen Kindern Bahn. Die Christenpflicht gebiete es, mit der weiteren Schaffung von Arbeiterschutzgesetzen vorsichtig zu sein, bis auch andere Nationen, mit denen wir auf dem Weltmarkt zu konkurriren haben, uns nachgefolgt sind. Er fürchte, die für Mitte März von der Regierung zugesagte Vorlage werde wieder die berechtigten Wünsche des Handwerks nicht voll erfüllen und es werde der Stellung von Anträgen bedürfen. Man müsse dann fordern, daß eine Vereinigung des Handwerks in Fachinnungen zwangsweise stattfinde, daß nur die Handwerksmeister das aktive und passive Wahlrecht haben. Diese Organisation müsse eine gleiche für ganz Deutschland sein. Lehren dürfe nur, wer gelernt hat und wer Meister ist. Den Meistertitel dürfe Niemand führen, der ihn nicht wirklich erworben hat. Der Befähigungsnachweis müsse als Vorbedingung mindestens zum Betriebe des Gewerbes überall da eingeführt werden, wo Leben und Gesundheit der Arbeiter und sonstige nationalökonomische Fragen damit in Beziehung kommen. Das Handwerk müsse von den Landwirthen lernen, sich zusammenzuthun und gemeinschaftlich für seine Interessen einzutreten. — Ferner sprach Frhr. **von Erffa**-Wernburg über „Wirthschaftliche Fragen". Er behandelte vom Standpunkte des Landwirths Handelsverträge, Börsenordnung und Währungsfrage. Durch die Handelsverträge hätten wir einer ganzen Reihe von Staaten, welche uns nicht im Mindesten entgegenkommen, große wirthschaftliche Vortheile zukommen lassen, indem wir die Meistbegünstigungsklausel nicht vorher kündigten. Die Landwirthschaft sei von dem gegenwärtigen wirthschaftlichen Aufschwunge ausgeschlossen und werde auf dem Boden des Antrags Kanitz stehen bleiben müssen, so lange ihr kein besserer Weg gezeigt werde. Die Börse empfinde am schwersten den Verlust des Terminhandels. Wenn die produktiven Stände, namentlich Industrie und Landwirthschaft, bei den nächsten Wahlen zusammenhalten, müsse die konservative Partei siegreich aus dem Wahlkampf hervorgehen. — Excellenz Graf **Roon** erinnerte an den Wehrstand, welcher auch ein produktiver Stand im eminentesten Sinne sei, da er alle Stände schütze. Jedermann von echt nationaler Gesinnung möge dafür sorgen, daß die Armee in ihrer Tüchtigkeit, Stärke und Kraft erhalten bleibe. Den inneren Feinden gegenüber müsse man einig sein und den Bundesregierungen zurufen: „Der Worte sind genug gewechselt, laßt uns endlich Thaten seh'n." — Herr v. **Ploetz** vertheidigte den Bund der Landwirthe gegen den Vorwurf der Demagogie. Wer demagogisch arbeite, arbeite laut und unehrlich. Das Erstere habe sich der Bund vielleicht etwas angeeignet, aber das Letztere nimmer. Wenn es sich um einen Kampf gegen die Regierung gehandelt habe, so sei der Bund gewöhnlich der angegriffene Theil gewesen. Der Bund der Landwirthe stehe zum Handwerk und zum Kleingewerbe und sei in Betreff der Ausführung des Börsengesetzentwurfs noch re-

Verlangen Sie überall Uhourn's Nähr-Kakao.